



Stadt Neubrandenburg

Tagesordnungspunkt

1

öffentlich

Drucksachen-Nr.: VI/1074

Sitzungsdatum: 07.02.2019

Beschluss-Nr.: 673/37/19

Beschlussdatum: 07.02.19

Gegenstand: Angebot zur Flüchtlingshilfe –
Seenotrettung im Mittelmeer aufrechterhalten

Einreicher: Fraktion B90/DIE GRÜNEN und Piraten, Fraktion der LINKEN, Fraktion der SPD

Beschlussfassung durch: Oberbürgermeister Hauptausschuss
 Betriebsausschuss Stadtvertretung

Beratung im	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Befang.	
Hauptausschuss	10.01.2019	-	-	-	-	zur Kenntnis genommen
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss						
Betriebsausschuss						
Kulturausschuss						
Finanzausschuss						
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport						
Rechnungsprüfungs- ausschuss						
Hauptausschuss						
Stadtvertretung	07.02.19	-	-	-	-	mehrheitlich beschlossen

Neubrandenburg, 10.01.2019

Nicolas Mantseris
Vorsitzender
Fraktion B90/Grüne
und Piratenpartei

Toni Jaschinski
Vorsitzender
Fraktion DIE LINKE

Michael Stieber
Vorsitzender
Fraktion der SPD

Beschluss:

Die Stadtvertretung Neubrandenburg beschließt:

Der Oberbürgermeister soll Bundeskanzlerin Angela Merkel und -als kreisangehörige Stadt - dem Landrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte Unterstützung zur Aufnahme der im Mittelmeer geretteten Flüchtlinge anbieten. Die dafür notwendigen Strukturen sind bei Bedarf zur Verfügung zu stellen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Begründung:

Düsseldorf, Köln, Bonn und andere deutsche Städte haben in einem gemeinsamen Schreiben an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angeboten, in Seenot geratene Flüchtlinge aufzunehmen. Auch die Hansestädte Rostock und Greifswald haben einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Seit Anfang des Jahres 2018 erreicht die Zahl der über das Meer geflüchteten Menschen erschreckende Ausmaße. Mehr als 2,200 Menschen (UNHCR: Stand 31.12.2018*) sind allein im Jahr 2018 an den Grenzen der Europäischen Union im Meer gestorben. Rettungsschiffe sind zu tagelangen Irrfahrten gezwungen, weil sich Länder der Europäischen Union weigern, Geflüchtete aufzunehmen.

Diese humanitäre Katastrophe gilt es schleunigst zu beenden. Bis eine europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten gefunden ist, ist es dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer fortzusetzen. Denn Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern eine menschenrechtliche Verpflichtung!

Neubrandenburg kann als kreisangehörige Stadt nicht eigenmächtig über eine Aufnahme von im Mittelmeer geretteten Flüchtlingen entscheiden. Jedoch kann der Oberbürgermeister im Namen der Stadtvertretung dem Landkreis und der Bundeskanzlerin die Unterstützung der Stadt bei der Aufnahme anbieten.

* <https://www.unhcr.org/news/press/2018/12/5c2a0e364/day-2018-unhcr-urges-rapid-solution-refugees-stranded-mediterranean-sea.html>